

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Am 20. Juni wird in der eidgenössischen Volksabstimmung über zwei Vorlagen entschieden, welche das allgemeine Interesse stark in Anspruch nehmen. Beide Vorlagen sind umstritten.

Der Entscheid über die *Bundeshilfe für kriegsgeschädigte Auslandschweizer*, die im zweiten Weltkrieg Verluste erlitten haben, ist für die Beteiligten von sehr großer Bedeutung. Aus der Vorgeschichte ist zu erwähnen, daß bis Ende 1952 für die kriegsgeschädigten Auslandschweizer 165 Millionen Franken aufgewendet wurden. Als die Bundesversammlung die Vorlage über das weitere Vorgehen in Behandlung zog, konnte sie über weitere 121,5 Millionen Franken verfügen, nämlich über jene Summe, die sich aus der Ablösung des Abkommens von Washington ergab. Die Streitfrage ging nun im wesentlichen darum, wie der zur Verfügung stehende Betrag am gerechtesten verteilt würde. Sollten alle Kriegsgeschädigten einen prozentualen Anteil an die von ihnen gemeldeten Schäden erhalten, und zwar ohne Rücksicht auf die Frage ihrer Bedürftigkeit — oder sollte den Bedürftigen unter ihnen wirksam geholfen werden, unter Verzichtleistung der andern? Der Bundesrat und die Bundesversammlung sind nach eingehender Prüfung aller Umstände zu der Überzeugung gelangt, daß praktisch nur die zweite Lösung in Frage kommt. Es ergab sich nämlich, daß im ersten Fall — also bei Berücksichtigung aller Kriegsgeschädigten — angesichts des gewaltigen Ausmaßes der gemeldeten Schäden — man nannte 2,5 Milliarden Franken — der auszuzahlende Anteil für den einzelnen nicht mehr als 5% seiner Verluste erreicht hätte. Diese Lösung ist mit Recht als unbillig empfunden worden, weil eben die wirklich Bedürftigen nicht mehr erhalten hätten als die andern, die noch über Mittel verfügen oder denen es inzwischen gelungen ist, sich eine neue Existenz aufzubauen, während anderseits der Satz von 5% für die wirklich Bedürftigen kaum eine richtige Hilfe bedeuten konnte. So ist man denn zur zweiten Lösung gekommen. Es sollen also nach der Vorlage, wie sie am 20. Juni zur Abstimmung kommt, die zur Verfügung stehenden Beträge nur an die wirklichen bedürftigen Kriegsgeschädigten ausgerichtet werden, und zwar im Sinne der «gehobenen Fürsorge». Es ist unbestreitbar, daß auch diese Lösung ihre Nachteile aufweist. Aber die Organisationen der Auslandschweizer, also die in erster Linie Zuständigen, haben der Vorlage mit überwiegenden Mehrheiten zugestimmt. So geht denn auch die Kampagne, welche besonders von Seiten des «Landesrings der Unabhängigen» gegen den Bundesbeschuß geführt wird, beträchtlich zu weit. Vor allem erscheint es in hohem Maße ungerecht, daß seitens der Opposition gegen die Vorlage die zuständigen

Bundesstellen wegen ihrer Entschlüsse, die nach gewissenhafter Prüfung aller Umstände gefaßt wurden, derart maßlosen Angriffen ausgesetzt werden, wie man sie laufend in interessierten Blättern und in bestimmten Versammlungen hören kann. Es besteht zudem die Gefahr, daß die Berechtigten leer ausgehen, wenn die Vorlage am 20. Juni verworfen wird. Denn es ist doch sehr fraglich, ob das Volk bereit wäre, einer andern Vorlage eher seine Zustimmung zu geben, und zum mindesten würde wieder eine lange Zeit verstreichen, welche die bedürftigen Kriegsgeschädigten erneut der Ungewißheit und der materiellen Not ausliefern müßte. So ist denn zu hoffen, daß die Vorlage die Zustimmung des Volkes finden wird, und die Opposition die verdiente Zurückweisung erfährt, wie sie angesichts der durchsichtigen parteipolitischen Motive der Gegnerschaft in hohem Maße angebracht wäre. Durch einen positiven Entscheid wird den bedürftigen Kriegsgeschädigten in erfreulicher Solidarität und in einer Weise geholfen, die dieser Hilfe nicht den Charakter eines Almosens, sondern denjenigen einer ausreichenden Entschädigung verleiht.

Die Vorlage über den *Fähigkeitsausweis im Schuhmacher-, Coiffeur-, Sattler- und Wagnergewerbe* verdient ebenfalls volle Unterstützung. Denn es handelt sich hierbei um eine Maßnahme, die im Rahmen der Selbsthilfebestrebungen jener kleinen Gewerbe liegt, welche durch das Vordringen der Großbetriebe am stärksten in ihrer Existenz bedroht sind. Das Mittel, mit welchem sich diese gefährdeten Gewerbe wehren können, ist die Steigerung der beruflichen Leistungsfähigkeit. Diesem und keinem anderen Zweck dient die Vorlage, wie sie am 20. Juni zur Abstimmung kommt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß gerade den liberalen Kreisen, welche für die Selbständigkeit gegenüber dem Staat und gegenüber der vom Sozialismus geförderten Vermassung eintreten, die *Erhaltung und Ertüchtigung des gewerblichen Mittelstandes* nicht gleichgültig sein kann, daß diese Erhaltung und Förderung vielmehr für sie ein *grundsätzliches Anliegen* darstellt. Dies unter der Voraussetzung, daß es sich einmal um Maßnahmen handelt, die sich im Rahmen der Verfassung halten, und daß sie zum andern vom Gesichtspunkt der auf freiem Leistungswettbewerb beruhenden Marktordnung als wirtschaftskonform zu bezeichnen sind. Beide Voraussetzungen sind im vorliegenden Falle durchaus gegeben. Die verfassungsrechtliche Grundlage ist einwandfrei. *Art. 31bis, Abs. 3, der Bundesverfassung (Wirtschaftsartikel)* bestimmt, daß der Bund befugt ist, nötigenfalls in Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit Vorschriften zur Erhaltung wichtiger Berufe zu erlassen, die in ihrer Existenzgrundlage bedroht sind, und die bereits diejenigen Selbsthilfemaßnahmen ergriffen haben, welche ihnen billigerweise zugemutet werden können. Außerdem verlangt der Verfassungsartikel, daß das Gesamtinteresse die vorgesehenen Maßnahmen rechtfertigt. In eingehenden Untersuchungen hat das «Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit» (BIGA) das Vorliegen der Voraussetzungen einwandfrei festgestellt. Es handelt sich um 20 000 Betriebsinhaber mit 40 000 Beschäftigten. Die *Gefährdung der Existenzgrundlagen* geht aus folgenden Zahlen hervor:

Durchschnittliches Betriebseinkommen je Betrieb:

Schuhmachergewerbe: Fr. 4705.— (städtische Verhältnisse Fr. 6540.—, halbstädtische Fr. 3995.—, ländliche Fr. 2355.—).

Coiffeurgewerbe: Fr. 6381.— (städtische Verhältnisse Fr. 7199.—, halbstädtische und ländliche Fr. 5886.—, davon Herrensalons Fr. 5542.—, Damen- salons Fr. 5245.— und gemischte Betriebe Fr. 7342.—).

Sattlergewerbe: Betriebe mit Handelswarenverkauf: Fr. 8903.—, mit überwiegend handwerklicher Tätigkeit: Fr. 6377.—.

Wagnergewerbe: Fr. 4611.—.

Nach den Feststellungen des BIGA sind auch die zumutbaren *Selbsthilfemaßnahmen* getroffen worden. So haben die vier Berufe zum Teil eigene Fachschulen gegründet, ebenso steht die Mitgliederberatung und das Kalkulationswesen auf beachtlicher Höhe. Im Coiffeurgewerbe besteht eine zentrale Buchhaltungsstelle, und in den drei übrigen Berufen lassen die Berufsangehörigen ihre Buchhaltungen von gewerblichen Buchhaltungsstellen führen. Damit ist nur ein Teil der getroffenen Selbsthilfemaßnahmen genannt.

Der Bundesbeschuß ist also in jeder Beziehung *verfassungsmäßig*. Er besagt nichts anderes, als daß nach seinem Inkrafttreten nur noch diejenigen Anwärter ein eigenes Geschäft eröffnen können, die sich durch die Ablegung einer Prüfung, der Meisterprüfung, über das Vorhandensein der nötigen fachlichen Kenntnisse ausweisen — eine Voraussetzung, wie sie zahlreiche andere Berufe längst kennen. Die Prüfungen werden von den Berufsverbänden unter Aufsicht von Experten des BIGA durchgeführt, und die Prüfungsreglemente sind durch die Behörden zu erlassen und dürfen nur mit ihrer Zustimmung geändert werden. Im weiteren verdient hervorgehoben zu werden, daß die *Vorlage die Bewilligungspflicht nicht vorsieht*. Art. 2 bestimmt ausdrücklich:

«Wer in seinem Beruf das Meisterdiplom besitzt oder einen Inhaber des Meisterdiploms als leitende Person beschäftigt, ist zur Eröffnung oder Übernahme eines Betriebes berechtigt.»

So kann jeder Inhaber des Meisterdiploms, wo und wann es ihm beliebt, sein Geschäft eröffnen. Es gibt auch keine Bedürfnisklausel, keinen Finanzausweis und keinen numerus clausus. Es kann deshalb keine Rede von Monopoltendenzen sein, wie von gegnerischer Seite behauptet wird.

Die Vorlage tritt selbstverständlich *nicht rückwirkend* in Kraft; die bereits etablierten Gewerbetreibenden werden deshalb von ihr nicht betroffen. Für *abgelegene Gebiete* und *in persönlichen Härtefällen* sind die Kantone verpflichtet, Ausnahmen zuzulassen, wobei das Bundesgericht über Beschwerden entscheidet, und ferner besteht für das Schuhmacher- und Coiffeurgewerbe eine *Übergangsfrist* von 5 Jahren, die das organische Anlaufen der neuen Ordnung gewährleisten wird. Die Vorlage bringt auch *keine Dauerlösung*, sondern der Bundesbeschuß ist *auf zwölf Jahre befristet*, in der Absicht, die praktischen Erfahrungen zu sammeln und über sie zu entscheiden, wenn die Geltungsfrist sich ihrem Ende nähert.

Wesentlich ist ferner, daß der Bundesbeschuß *kein Rahmengesetz* darstellt, das auf alle Gewerbezweige angewendet werden könnte, wenn ihre Existenzgrundlage gefährdet ist, sondern er beschränkt sich auf die vier Berufe, deren Notlage das BIGA nachgewiesen hat.

Die Vorlage hat zweifellos nicht nur eine volkswirtschaftliche und soziologische, sondern auch eine *staatspolitische Funktion*. Man muß solchen kleingewerb-

lichen Betriebsinhabern die Möglichkeit geben, sich selbst zu erhalten. Man darf sie nicht einfach unter dem Druck der Großbetriebe und in der Vermassung verschwinden lassen. Der selbständige Mittelstand hilft dazu, den Gleichgewichtszustand im Wirtschafts- und Gesellschaftsaufbau zu erhalten. Wenn durch geeignete Maßnahmen, die niemandem schaden, diesen Berufen die Möglichkeit gegeben werden kann, sich aus eigener Kraft zu erhalten und sogar sich zu entwickeln, dann liegt das im allgemeinen Interesse, und es wäre zum Schaden des Landes, wenn anstelle dieser Gewerbetreibenden einfach die Zahl der Hilfsarbeiter erhöht würde. Es liegt gerade im *Interesse der freien Wirtschaft*, der zunehmenden Konzentration in Großbetrieben und damit der Vermassung entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß immer dort, wo dies möglich ist, die *aufgelockerte Wirtschaftsstruktur* erhalten bleibt. Sofern dies mit wirtschaftskonformen Maßnahmen geschieht wie im vorliegenden Fall, also mit der Förderung der beruflichen Tüchtigkeit, die eine Produktivitätssteigerung mit sich bringt, verdienen solche Initiativen unsere volle Unterstützung.

Maßgebende Organisationen der freien Wirtschaft, über deren antiinterventionistische Einstellung und liberale Grundhaltung kein Zweifel erlaubt ist — wie die *Schweizerische Handelskammer* und die «*Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau*» — treten für die Vorlage ein. An leitender Stelle des Aktionskomitees der Befürworter steht der liberale Genfer Staatsrat *Albert Picot*.

In weitgespanntem Rahmen hält zur Zeit auf dem Gelände der Berner Allmend, das einen herrlichen Rundblick bietet, die «*Hospes*» ihre Tore offen. Es geziemt sich, dieser Ausstellung zu gedenken, die bis zum 21. Juni zugänglich ist und ein umfassendes und wohlgestaltetes Bild eines unserer wichtigsten Wirtschaftszweige, der *Fremdenindustrie*, bietet. Die Ausstellung ist zweifellos vom architektonischen Gesichtspunkt in trefflicher Weise gestaltet, denn die ganze Anlage ist in hohem Maße zweckmäßig, elegant und vor allem übersichtlich. Damit bietet sie dem Besucher eine gefällige und einladende Schau, die sich nach mancher Richtung mit der unvergesslichen Landi des Jahres 1939 vergleichen läßt. Es sind insgesamt 51 Bauobjekte aufgestellt, mit einer Bausumme von rund 2,3 Millionen Franken. 821 Aussteller beteiligen sich an der Gestaltung des Gesamtbildes, darunter allein 631 an der gewerblich-industriellen Ausstellung, die sich aus 11 Ländern rekrutiert. Neben einer Ausstellung des privaten Haushaltes wird nach dem ganzen Zweck der Anlage vor allem dem Gastgewerbe ein entscheidender Platz eingeräumt. Es sind verschiedene Musterbetriebe aufgestellt, welche darlegen, wie die Fremdenindustrie zweckmäßig und modern gestaltet werden kann. Hier begegnet man einer prächtigen Leistung unserer Hotellerie, indem sie eine Muster-Hotelhalle mit allen notwendigen Einrichtungen und ferner verschiedene Zimmer ausgestellt hat, welche den neuzeitlichen Wohnkomfort im Hotel zeigen. In maßgebender Weise beteiligt ist auch die Fremdenindustrie des Auslandes, die bemerkenswerte Einrichtungen vorführt und wo die verschiedensten Produkte aus überseeischen Gebieten sich wohlgefällig vor den Augen des Gastes ausbreiten. In ganz besonders eindringlicher Weise haben sich an der Ausstellung auch unsere Unternehmungen des öffentlichen Verkehrs beteiligt, so die Eisenbahnen mit den verschiedensten Modellen, darunter einer Bahnhofsanlage, ferner die Postverwaltung mit ihren vielfältigen Verkehrsmitteln, die einen trefflichen Einblick geben in die verschiedenen Sparten ihrer mustergültigen Einrichtung.

Die große Bedeutung des Wirtschaftszweiges, welcher die Grundlage der Ausstellung bildet, unterstrich in seiner Ansprache *Bundespräsident Rubattel*, als er der Ausstellung zur *festlichen Eröffnung* seinen Gruß entbot. Er machte dabei auf die beunruhigende Tatsache aufmerksam, daß sich die *Schweizer Jugend* mehr und mehr den verschiedenen Beschäftigungsmöglichkeiten entfremdet, welche das weite Gebiet der Fremdenindustrie zur Verfügung stellt. Es ergibt sich hier zweifellos ein schwieriges wirtschaftliches Problem unseres Landes, wenn man bedenkt, daß die Hotellerie und das Gastgewerbe im Februar 1951 18 000 *Fremdarbeiter*, im gleichen Monat des laufenden Jahres aber mehr als 30 000 beschäftigten. Es besteht immerhin die Hoffnung, daß der am 1. April dieses Jahres in Kraft getretene interregionale Gesamtarbeitsvertrag, durch den die Leistungen insbesondere der sozialen Einrichtungen der Fremdenindustrie wesentlich gehoben werden, das Interesse der Jungen an diesem wichtigen Zweig unserer Volkswirtschaft von neuem belebe. Der Bundespräsident ließ auch den Hinweis vernehmen, daß die *Bergbevölkerung* die vielen Möglichkeiten, welche ihr die Saisonarbeit bietet, nicht länger versäume, um so auf dem Wege der Selbsthilfe die schwierige Lage zu erleichtern, in welcher sie sich befindet.

So bietet die «*Hospes*» ein eindrucksvolles, vielfältiges und liebenswürdiges Bild eines unserer wichtigsten Wirtschaftszweige — liebenswürdig vor allem in den unbestreitbaren Spitzenleistungen der Gastronomie, die auch das Auge des Besuchers in hohem Maße erfreuen.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Italien

Die gegenwärtige Lage Italiens läßt sich wohl am besten mit labilem Schwebestand, oder, um einen Ausdruck aus der Rekrutenschulzeit zu gebrauchen, mit Laufschritt an Ort bezeichnen. Es ist dem Ministerpräsidenten Scelba dank seinem diplomatischen Geschick und dank der Allianzdisziplin der vier zur Regierungskoalition verbundenen demokratischen Parteien gelungen, die Budgetklippen heil zu umschiffen und bis zur Abfassung dieses Berichtes an der Macht zu bleiben. Trotz des bisherigen Erfolges ist betonter Optimismus aber kaum am Platze, hat doch die Stellung der Vertrauensfrage vor Monatsfrist im Senat und in der Kammer bewiesen, daß in der Democrazia Cristiana angesichts der großen Meinungsverschiedenheiten auf eine hundertprozentige Befolgung der Parteiparole nicht zu zählen ist. Der rechte Flügel, vertreten durch Pella, Andreotti und andere fähige Politiker, hat auf eine Schulterfühlung mit den Monarchisten nicht verzichtet und wäre sogar bereit, sie gegen die Sozialdemokraten unter Saragat einzutauschen. Es ist wohl vor allem das Verdienst De Gasperis, daß er als Parteisekretär der Democrazia Cristiana hinter den Kulissen die Familienzwistigkeiten bislang immer wieder zu schlichten wußte und dadurch nicht nur das Auseinanderfallen dieser größten demokratischen Partei, sondern auch der Viererkoalition verhindern konnte.

Bekanntlich hat sich Scelba

die Ratifizierung der EVG

zum Ziele gesetzt, eine Aufgabe, deren Lösung auch im besten Falle nicht vor Monaten zu erwarten ist. Daß Togliatti und Nenni ihr den schärfsten Kampf angesagt haben, liegt auf der Hand. Die übliche Mauertapezierung in der «lotta

contro la CED» hat bereits eingesetzt: die darauf abgebildeten deutschen Soldaten tragen selbstverständlich samt und sonders die Hakenkreuz- und SS-Embleme. Viel bedenklicher ist der Widerstand auf dem rechten Parlamentsflügel, operiert er doch mit dem gefährlichen Argument der immer noch ungelösten Triestiner Frage, das auch in den Kreisen der Regierungskoalition unvorhergesehene Rückwirkungen haben kann. Scelba ist ein viel zu guter Europäer, als daß er das dornige Adriaproblem zu einem Erpressungsversuch gegen die Westmächte gebrauchen würde, aber er kann die Gefühle bitterer Enttäuschung weiter Kreise Italiens nicht missachten. Man geht wohl kaum fehl, wenn man den Blitzbesuch Foster Dulles' von Anfang Mai in Mailand mit diesem Fragenkomplex in Zusammenhang bringt.

Auf italienischer Seite ist man heute zu großen Konzessionen in der

Triestiner Frage

bereit, was schon daraus hervorgeht, daß die Zeitungen heute frei und offen Kompromißvorschläge empfehlen, deren Veröffentlichung noch vor sechs Monaten zu Entrüstungsstürmen geführt haben würde. Daß sich Italien einem mehr oder weniger offenen Anschluß Jugoslawiens an den NATO-Pakt bis zur Regelung dieser Streitfrage energisch widersetzt, liegt auf der Hand. Es ist das einzige Druckmittel, worüber es verfügt.

Die Wasserstoffbombenexplosionen haben auch hierzulande zu Reaktionen geführt, obwohl von einer panikartigen Beunruhigung der öffentlichen Meinung nicht die Rede sein kann. Nachdem die Marxisten gemäß der Moskauer Parole eine Kampagne gegen ihre Verwendung ausgelöst haben und der Papst in seiner Osteransprache aus religiös-christlichen Gründen in ähnlichem Sinne gesprochen hat, faßte das Parlament den Entschluß, die Achtung ihres Gebrauches zu empfehlen. Dabei weiß die Regierungskoalition hier natürlich so genau wie alle demokratischen Kreise der freien Welt, daß bis zur Erreichung einer wirklichen Allgemeinabrustung das Atombombenpotential der Vereinigten Staaten ein Element der Friedenserhaltung ist.

Über die Genfer Fernost-Konferenz

berichten die Zeitungen ausführlich; die heldenhafte Verteidigung Bien Dien Phu's mit dem tragischen Ausgang hat auch hier tiefen Eindruck hinterlassen, aber trotz ihrem direkten Zusammenhange mit der allgemeinen Weltpolitik, in welche Italien ja weitgehend verflochten ist, finden die Asienprobleme bei der Bevölkerung nicht das ihnen gebührende Interesse.

Eine Skandalaffäre nationalen Ausmaßes hat in ganz Italien weit erschütternder gewirkt als die H-Bomben-Versuche im Pazifischen Ozean; wir meinen die

Montesi-Affäre.

Man kann es nur als ein Glück bezeichnen, daß durch die vorläufige Suspendierung des Prozesses Montagna contra Muto und Caglio-Moneta und die Wiederaufnahme der gerichtlichen Untersuchung zur Abklärung der Todesursache der Wilma Montesi die Fiebertemperatur der öffentlichen Meinung um einige Grade gefallen ist. Einzig die Zeitungsverleger werden diese Beruhigung bedauern, brachte sie ihnen doch einen jähnen Sturz ihrer Rekordauflageziffern. Welches auch immer die endgültigen Ergebnisse der früher offensichtlich gewollt oder ungewollt nachlässigen Abklärung des mysteriösen Todesfalles sein werden, so haben die Gerichtsverhandlungen schon jetzt ein Licht auf bedenkliche Zustände einflußreicher Römer Kreise geworfen. Die Betrauung eines Carabinieri-Obersten mit einem Untersuch des Vorlebens Montagnas war eine schallende moralische Ohrfeige für die Polizei, deren Chef Pavone seinen Rücktritt nehmen mußte und nun selber examiniert wird. So schmutzig die Wäsche auch ist, die schon gewaschen wurde, so gelang es der politischen Opposition doch nicht, die öffentliche Meinung gegen

die Regierung aufzuhetzen. Durch die Betrauung Di Caros, einer über allen Zweifeln stehenden Persönlichkeit, mit einem Untersuch über die Zusammenhänge der Skandalaffäre mit Kreisen der Regierung und öffentlichen Verwaltung ist Gewähr für eine einwandfreie Bestandesaufnahme gegeben. Man muß sich übrigens vor einer Verallgemeinerung der faulen Atmosphäre gewisser Römerzirkel hüten: einige Hundert skrupellose Industrieritter und hemmungslose Demi-Vières repräsentieren das Land nicht, ebensowenig wie jene staatlichen Funktionäre der Ministerien, die ihre bescheidenen Saläre auf unstatthafte Weise aufzurunden trachten. Die Regierung kämpft gegen Korruption und Steuerhinterziehung weit intensiver als früher. Daß gerade in letzterem Punkte Fortschritte zu verzeichnen sind, beweisen Zahl und Umfang der jährlichen Steuerdeklarationen, denen bei ihrer Einführung vor drei Jahren sehr schlechte Prognosen gestellt wurden, die sich hernach gar nicht bewahrheitet haben. Wer unter dem werktätigen italienischen Volk lebt, weiß, daß seine übergroße Mehrheit moralisch intakt ist. Daß sich unter der Aristokratie und dem obern Bürgertum bedenkliche Dekadenzerscheinungen zeigen, darf allerdings in diesem Zusammenhange nicht verschwiegen werden.

In ihren zukünftigen Auswirkungen weit gefährlicher erscheinen uns gewisse Ansichten von Vertretern des linken Flügels der demokratischen Allianz. Was

der Stadtpräsident von Florenz, La Pira,

ein typischer Vertreter dieser Richtung, in öffentlichen Briefen an den Industriellenverband der Arnstadt schrieb, muß höchst nachdenklich stimmen. Unangekränkelt von irgendwelchen wirtschaftlichen Einsichten läuft er gegen jede größere Arbeiterentlassung Sturm, die er a priori als präordinierte Sabotage an der Nation betrachtet. Wehe dem Arbeitgeber, der unter dem Drucke unausweichbarer Verhältnisse wagt, seine Belegschaft zu vermindern! Ein mit Bibelsprüchen reich verzierter moralischer Bannstrahl trifft ihn aus dem Palazzo Vecchio. Um weitere Entlassungen zu verhüten, empfiehlt er in einem Rundschreiben an die Industriellen von Florenz, einfach mehr zu produzieren, und in einer seiner Veröffentlichungen schreibt er, die Lehren von Adam Smith hätten in Italien ihre Gültigkeit stark verloren, da seine Wirtschaft ohnehin weitgehend verstaatlicht sei. Auch bei der Zulassung reinster sozialer Gesinnung muß eine solche Einstellung, die offenbar auch im bürgerlichen Lager weitgehend geteilt wird, zum Aufsehen mahnen. Wirtschaftliche Freiheit ist die Voraussetzung politischer Freiheit. Wer zur zweiten steht, muß auch die erste in Kauf nehmen. Wir sind die letzten, einem rücksichtslosen Manchesterum zu huldigen, aber die soziale Wohlfahrt kann in einem Land mit nach wie vor zwei Millionen Arbeitslosen nicht allein Sache der Arbeitgeberkreise sein. Die Regierung hat vor kurzem wieder ein Arbeitsbeschaffungsprogramm gestartet, soweit es die öffentlichen Finanzen erlauben.

Der Streit um den «conglobamento», d. h. das endgültige Aufgehen der vielen Sonderzulagen im Grundlohn, den geplagte Buchhalter seit Jahren an jedem Monatsende herbeisehn, ist noch nicht gelöst. Immerhin gehen die Verhandlungen zwischen den nichtmarxistischen Gewerkschaften und der Industriellenkonföderation weiter, während die kommunistisch geleitete C.G.I.L. zur Erreichung ihrer Forderung mit neuen Agitationen droht. Man wird in absehbarer Zeit also wieder mit Ausständen aller Varianten zu rechnen haben.

Im Wirtschaftssektor

hält sich der Produktionsindex auf erfreulich hohem Niveau. Obwohl die Außenhandelsbilanz weiterhin passiv blieb, zeigen die Exportziffern im ersten Quartal steigende Tendenz, was angesichts der amerikanischen Rezession doppelt erfreulich ist. Die monatlichen Debetsalden Italiens bei der EZU weisen sinkende Tendenz auf. Es würde uns nicht überraschen, wenn unser südlicher Nachbar in absehbarer Zeit den Warenabsatz im Ausland wesentlich zu steigern vermöchte.

Die Spartätigkeit nimmt intensiv zu. Spareinlagen und Kontokorrentguthaben der italienischen Bevölkerung betrugen am Jahresende beinahe 4000 Milliarden Lire, fast 600 mehr als vor Jahresfrist. Das Bruttovolkseinkommen soll im Jahre 1953 10 900 Milliarden Lire (9% mehr als im Vorjahr) erreicht haben, oder sFr. 1500.— pro Kopf. Der Kalorienverbrauch hat sich auf 2800 pro Tag erhöht, die Motorisierung wächst rapid. Die überaus rasche Zunahme der Fernsehempfänger darf auch als günstiges wirtschaftliches Indizium gewertet werden. Die Bau-tätigkeit läuft weiterhin auf Hochtouren, fehlen doch immer noch Hunderttausende von Wohnungen. Eine baldige weitere Mietpreiserhöhung für die Altmietwohnungen soll sie langsam dem freien Markte näher bringen.

Das Jahr 1953 hat Italien $7\frac{1}{2}$ Millionen Touristen gebracht, 20% mehr als im Vorjahr. Der gegenwärtige Besucherandrang lässt für das laufende Jahr eher noch erfreulichere Ziffern erwarten. Durch die Erhöhung der Kopfquote auf 1500 DM erwartet man vor allem aus Deutschland einen bisher nie erreichten Zuzug von Ferienreisenden.

Peregrinus

Bericht aus Bangkok

Bangkok, Ende April.

Thailand gegen Peking

Im Monat April entschloß sich die Thai-Regierung zu einem bedeutungsvollen Schritt, hat sich Thailand (wie Siam seit 1933 offiziell heißt) doch in den letzten Wochen zu einer eindeutig antikommunistischen Politik bekannt. Das alt-unabhängige asiatische Königreich ist der erste Staat gewesen, der auf die amerikanische Anregung, das Peking-Regime bezüglich weiterer Aggressionen (vor allem Unterstützung Vietminhs) zu verwarnen, positiv reagierte. Noch ist die Genfer Konferenz im Gange, und es ist daher fraglich, ob es überhaupt zu dieser Verwarnung kommen wird; indessen hat die entschlossene Haltung Thailands, des wichtigen Nachbarn Indochinas, sicherlich bereits eine gewisse politische Wirkung ausgeübt.

Die Stellungnahme der Bangkok-Regierung war nicht unbedingt selbstverständlich. Thailand hat zwar bisher getreulich die Uno-Politik befolgt (wirtschaftliche Sanktionen gegen Rotchina, Entsendung von Truppen nach Korea), es aber abgelehnt, sich einem der beiden großen weltpolitischen Blocks endgültig zu verschreiben. Wenn es das nun aber doch getan hat, so waren in den letzten Monaten zwei Faktoren dafür bestimmend, nämlich die bedrohliche Lage in Indochina und das Vorrücken von Vietminh-Truppen bis an Thailands Grenzen, sowie die erhöhte amerikanische und britische diplomatische Aktivität. Es scheint, daß die britischen Befürchtungen hinsichtlich Indochina fast entscheidender gewesen sind als die amerikanischen, denn es sind die Briten, die Singapur, also die Schlüsselstellung auf dem Seeweg zwischen Europa einerseits und Ostasien und Australien anderseits halten. Und Indochina wurde schon einmal, nämlich von den Japanern, als Sprungbrett für den Angriff auf Malaya und Singapur benutzt.

Die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg

Wenn Thailand sich nach dem zweiten Weltkriege der Uno-Politik anschloß, so hatte das seine guten Gründe. Das Land hatte auf der Seite Japans gestanden und den Vereinigten Staaten, England und deren Verbündeten den Krieg erklärt. Dazu war es gekommen, nachdem die Siamesen zwei oder drei Tage lang kaum nennenswerten Widerstand geleistet und die Japaner einen Teil des Landes besetzt

hatten. Nach Kriegsschluß erklärte die Bangkok-Regierung (politisch begabt war dieses Volk immer!), das Zusammensehen mit Japan sei «unter Druck und gegen den Volkswillen» erfolgt und setzte sich mit diesem Standpunkt durch. Allerdings muß man es den Siamesen zugute halten, daß sie 1941/42 der mächtigen japanischen Armee allein gegenüberstanden, waren die Engländer doch nicht einmal imstande, Singapur zu halten, und die Amerikaner waren damals für militärische Verwicklungen in Asien in keiner Weise vorbereitet. Die Thai-Regierung sah 1945 ihre Chance nun darin, anstatt als besiegte Feindmacht sozusagen als befreite Nation und als prowestlicher asiatischer Staat behandelt zu werden. Damit kam sie der amerikanischen Politik entgegen, die in Anbetracht der aufkommenden kommunistischen Gefahr einen solchen selbständigen und den Westmächten gegenüber freundlich eingestellten asiatischen Staat suchte.

In Bangkok ließen sich wichtige Zentralstellen der Uno nieder (FAO, ECAFE, UNESCO, UNICEF etc.), und Thailand nahm bereitwillig wirtschaftliche und militärische amerikanische Hilfe an. Trotzdem legte sich das Land, wie gesagt, bis vor kurzem nicht endgültig fest, sondern versuchte letzten Endes eine gewisse Unverbindlichkeit beizubehalten, mit andern Worten eine Hintertüre offen zu halten. Eine solche Politik ist bisher in Thailand Tradition gewesen, hat es doch das Königreich verstanden, sich mit seinen schlauen opportunistischen Methoden und mit seiner Kunst des Ausspielens einer Macht gegen die andere durch das koloniale Zeitalter durchzuwinden, als die meisten asiatischen Länder unter fremden Einfluß gerieten. Doch eine Weltlage wie die jetzige ist noch nie dagewesen, und auch in Thailand begreift man allmählich, daß es sich heute nicht nur um einen politischen, vielmehr auch um einen ideologischen Kampf handelt. Gewiß war es für die Siamesen als Asiaten nicht leicht einzusehen, daß die Parole von der «farbigen Front» gegen die Kolonalmächte überholt und heute die Einstellung gegenüber dem Kommunismus zur Kardinalfrage geworden ist. Dies war um so schwerer, als auf der einen Seite das riesige China kommunistisch geworden ist, während auf der andern Seite das ebenfalls große Indien bei seiner neutralistischen Politik verharrt. So braucht Nehru manchmal Thailand gegenüber recht unfreundliche Worte, als ob er nicht begriffen hätte, daß dieses Land von Indochina her direkt bedroht wird und nicht weit ab vom Schuß liegt wie Indien, das außerdem den Schutzwall des mächtigen Himalaja besitzt.

Konservatives Bauernland

Man kann sagen, daß Thailand, trotz seines bisherigen vorsichtigen Sträubens, schon seit langem in die politische Richtung getrieben wurde, die es nun offen eingeschlagen hat. Das landwirtschaftlich reiche Tropenland (Reis ist der Hauptexport-Artikel), in dem nur relativ geringe soziale Spannungen bestehen, ist seinem Charakter nach konservativ. Der Grund und Boden befindet sich hier im allgemeinen nicht im Besitz von Großgrundbesitzern, sondern gehört den Bauern, und wenn diese auch zuweilen von Händlern und Wucherern übers Ohr gehauen werden, so haben sie doch ihr Auskommen und brauchen nicht zu darben und zu hungern wie ein großer Teil der Landbevölkerung in China, Indien, Persien und anderswo. Daher vermochte hier — im krassen Gegensatz etwa zu China — keine kommunistische Bauernbewegung aufzukommen. Der Kommunismus besitzt in Thailand seine meisten Anhänger in der großen chinesischen Minderheit (drei bis vier Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von rund 18 Millionen); jedoch stehen die siamesischen Chinesen, nachdem sie anfänglich mit dem Peking-Regime liebäugelten, heute wieder in ihrer Mehrheit dem Kommunismus skeptisch gegenüber. Jedenfalls besteht in Thailand keine kommunistische Gefahr von innen her, sondern diese könnte nur durch fremde Truppen von außen her in das Land getragen werden.

Korrupt, aber blühend

Die einigermaßen zufriedene und tropisch-indolente Masse der Bevölkerung kümmert sich kaum um die Regierungsgeschäfte. Infolgedessen fällt der herrschenden Schicht mit Siams langjährigem Premierminister Feldmarschall Pibul Songram an der Spitze, und dem «starken Mann», nämlich Polizeigeneral Phao Sriyanondh, im Hintergrund, eine sehr große Machtfülle zu. Diese Schicht aber weiß, daß es ihr an den Kragen gehen würde, wenn kommunistische Truppen, etwa von Indochina her, ins Thaigebiet einrücken sollten. Und nicht nur diese führende Gruppe, auch die Opposition ist sich dessen bewußt, denn diese rekrutiert sich im Grunde genommen aus denselben Schichten. Die Opposition unterscheidet sich von der faschistisch angehauchten Regierungsclique einerseits dadurch, daß sie demokratischer eingestellt ist, anderseits aber auch lediglich durch die schlichte Tatsache, daß sie sich nicht an der Macht befindet.

Selbstverständlich wird die hier bestehende teilweise geradezu erschreckende Korruption (Pessimisten vergleichen das hiesige Regime sogar mit der früheren Kuomintang-Herrschaft in China) von der Opposition benutzt, um gegen die Regierung anzuwettern. Ein Regierungswechsel, der vielleicht nicht auf ganz orthodoxe Weise erfolgen würde, wäre denkbar, doch ist es fraglich, ob dabei die «Demokraten» an die Macht kämen oder nicht eher der mächtige Polizeigeneral Phao, dem man immerhin zugute halten muß, daß er die Aufstachelung und Hetzerei von Peking her scharf im Zaume hält. Manche Oppositionelle hoffen auch auf den noch recht jungen König Phumiphol, doch wacht die herrschende Clique eifersüchtig darüber, daß dieser die ihm zugebilligten konstitutionellen Bahnen auch nicht im geringsten überschreitet. Der König, in dieser fromm-buddhistischen Nation zugleich «Verteidiger und Mehrer der Religion», ist im Volke sehr beliebt, beliebter jedenfalls als das regierende Regime, das infolge seiner Korruption eher gefürchtet als geachtet wird. Bei alledem sei aber nicht vergessen, daß es Thailand relativ gut geht, besser als den meisten andern asiatischen Ländern, und daher der Opposition der eigentliche revolutionäre Stachel fehlt. Das satte Thailand scheint ein ziemliches Maß an Mißwirtschaft und Bestechungsaffären zu vertragen.

Für die Westmächte, insbesondere für die in Thailand tonangebenden Vereinigten Staaten, ist es natürlich nicht durchaus angenehm, mit einem derartigen, die Kritik herausfordernden Regime zu paktieren. Indessen ist es nicht die Sache des Auslandes, sondern der Siamesen selbst, in ihrem Lande nach dem Rechten zu sehen. Solange Thailand trotz allem blüht und gedeiht und solange das Thaivolk mit seinem Los zufrieden ist, besteht Grund genug, diesem Lande bei der Abwehr eines weitaus größeren Übels, nämlich einer kommunistischen Vergewaltigung, hilfreich zur Seite zu stehen.

Lily Abegg

Militärische Umschau*Die Aufrüstung der schwedischen Armee nach dem zweiten Weltkrieg**Schwedens Bündnisfreiheit und ihre Bedeutung*

Die schwedische Wehrpolitik wird in erster Linie durch die gefahrvolle Lage des Landes in der Nähe eines der labilsten Brennpunkte der Weltpolitik und die Bündnisfreiheit seiner Außenpolitik bestimmt. Als Begründung der Bündnisfreiheit

Schwedens hat der Chef der sozialdemokratischen Regierung, *Ministerpräsident Erlander*, die Möglichkeit angeführt, in einem eventuellen dritten Weltkrieg neutral zu bleiben, wie dies dem Lande in den beiden vorangegangenen Weltkriegen gelungen sei. «Es ist völlig natürlich, daß das schwedische Volk keine Gelegenheit versäumen will, um bei dieser Politik zu bleiben.» Eine starke Wehrmacht und ein aktiver Wehrwille sind allerdings wesentliche Voraussetzungen dieser Politik der Bündnisfreiheit. «Selbstverständlich ist uns daran gelegen, die gegenwärtigen Rüstungen nicht weiterführen zu müssen» und dadurch «den materiellen und kulturellen Aufschwung» des Landes zu verzögern. Indessen hat die gespannte weltpolitische Lage bisher keine Erleichterung der Rüstungsbürde erlaubt.

Die schwedische Regierung ist sich über Vorteile und Gefahren der Bündnisfreiheit völlig im klaren. Der Anschluß an den Atlantikpakt würde dem Lande wahrscheinlich beträchtliche Hilfeleistungen sichern, u. a. in der Frage der Kriegsmateriallieferungen. Zugleich würde es sich jedoch seiner politischen Handlungsfreiheit begeben und damit der Aussicht, einem europäischen Kriege fernzubleiben. Anderseits sind die Anschaffungskosten für das technisch komplizierte Kriegsmaterial ständig gewachsen, und sie haben jetzt eine solche Höhe erreicht, daß es für kleinere Staaten immer schwieriger wird, für Unterhalt und Erneuerung einer Ausrüstung aufzukommen, die für eine schlagkräftige, moderne Armee unerlässlich ist. Da die Kosten für einen einzigen Panzer oder ein einziges Kampfflugzeug eine Mio Kronen übersteigen, überrascht es nicht, daß die Finanzminister kleiner Staaten allmählich an der Möglichkeit zweifeln, die Forderungen der militärischen Befehlshaber nach einem kontinuierlichen Ersatz des Materials auf die Dauer zu erfüllen. Für verhältnismäßig große Länder, wie Großbritannien oder vor allem Frankreich und Italien, bildeten ansehnliche amerikanische Waffenlieferungen die unerlässliche Voraussetzung für die Durchführung der Rüstung. Für das bündnisfreie Schweden ist es natürlich viel schwieriger, soziale und militärische Aufwendungen gegeneinander abzuwagen. Der Ausgleich hat zu einer verhältnismäßig scharfen Begrenzung der letzteren auf zwei Milliarden Kronen geführt, bei gleichbleibenden Kosten. Der schwedische Wehrminister hat daher auch im Voranschlag für das nächste Rechnungsjahr betont, daß das Land aus volkswirtschaftlichen und finanziellen Gründen eine Erhöhung der Wehrausgaben um 223 Mio nicht tragen könnte, welche von militärischen Instanzen, u. a. im Hinblick auf die gestiegenen Preise, vorgeschlagen worden war. Auch die Forderung nach hinreichender Wehrbereitschaft, angesichts der gegenwärtigen außenpolitischen Lage, scheint ihm keinen hinreichenden Grund zu bilden. Er hält aber an den zwei Milliarden fest und führt aus, daß man in diesem Rahmen versuchen müsse, «einen derartigen Ausgleich zwischen den verschiedenen Wehrmachtsabteilungen zu finden, daß die größtmögliche Schlagkraft des Ganzen erreicht wird». Die feste Wehrpolitik der Linksregierung verleiht dem entschiedenen Wehrwillen des schwedischen Volkes gut Ausdruck.

Es kann jedoch nicht verhehlt werden, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Schwedens für eine moderne Wehrmacht ganz einfach nicht ausreicht, eine Wehrmacht, die in der Lage sein soll, alle Ansprüche auf Sicherheit zu erfüllen und die Unverletzlichkeit des Landes in allen Situationen zu garantieren. Auch rechnet die politische Führung gar nicht damit, den Kampf gegen eine Großmacht oder einen Großmachtblock allein führen zu müssen. In der schon 1947 erschienenen programmatischen Erklärung des ehemaligen Oberbefehlshabers, *General Jung*, *Unsere zukünftige Wehrmacht*, hieß es dementsprechend, daß

«unsere Wehrvorbereitungen im Frieden und unsere Strategie im Kriege die Voraussetzungen schaffen müssen, die nötig sind, um militärische Unterstützung zu erhalten. Schwedens Kriegsführung muß darauf ausgehen, Zeit zu gewinnen, damit unterstützende Aktionen von anderer Seite durchgeführt

werden können. Es ist daher von grösster Bedeutung, daß der Hauptteil unserer Streitkräfte nicht vernichtenden Anfangsniederlagen ausgesetzt wird und die Verbindungen zur anderen Seite offen bleiben... Das für die Wehrmacht erforderliche Material muß schon im Frieden angeschafft werden, und umfassende Vorräte an lebenswichtigen Waren, vor allem an Munition und Treibstoffen, sind anzulegen. Wegen der militärpolitischen Lage Schwedens und des wahrscheinlichen Charakters eines zukünftigen Krieges kann man sich auf Anschaffungen erst bei Kriegsausbruch oder in einer sog. verschärften Lage nicht verlassen».

Diese Zielsetzung ist wegweisend für die schwedische Rüstung, die sich zum Glück auf eine in der Aktivdienstzeit 1940—1945 unter großen Opfern aufgebaute, achtunggebietende und im großen ganzen wohlabgewogene Wehrmacht stützen kann. Der gegenwärtig aktuelle Ausbau der Verbindungen von der Hafenstadt Trondheim nach Schweden, die sog. Trondheimroute, nimmt bei den schwedischen Wehrvorbereitungen ebenfalls einen wichtigen Platz ein.

Das Rüstungsprogramm der Armee

Seitdem im zweiten Weltkrieg die Rüstung allen Ernstes in Gang gekommen ist, sind sich alle verantwortlichen Politiker und Militärs in Schweden darüber einig, daß die gesamte Wehrkraft des Landes ausgeschöpft werden müsse. Demgemäß werden alle diensttauglichen Bürger ausgebildet, um ihren Platz in der Wehrmacht des Reiches auszufüllen. Die auf solche Weise mobilisierbaren Streitkräfte — dreiviertel Millionen Männer und Frauen in der Wehrmacht und gleich viele in der Zivilverteidigung — sind beachtlich, gemessen an der geringen Bevölkerungszahl des Landes von sieben Millionen. Die beträchtliche Ausdehnung Schwedens — 1600 km in der Länge und 400 km an der Stelle der größten Breite — stellt jedoch sowohl quantitativ wie qualitativ hohe Anforderungen an die Streitkräfte. Da die Materialkredite, wie oben erwähnt, unbedingt begrenzt werden müssen und die technische Entwicklung ständig mit großen Sprüngen vorwärts eilt, bildet der Ausgleich zwischen den verschiedenen Wehrmachtszweigen ein großes Problem. Die Armee, die mit einer mobilisierbaren Stärke von 600 000 Mann den Kern der Wehrmacht bildet, büßt ihre Schlagkraft ein, wenn sie nicht laufend die Entwicklung mitmacht und mit Waffen, Transportmitteln usw. versehen wird, die denen eines mutmaßlichen Gegners ebenbürtig oder eher noch überlegen sind. Die Flugwaffe, die mit ihrer jetzigen Kriegsstärke von ca. 1000 modernen Kampfflugzeugen unter den Nationen der Welt mit an der Spitze marschiert, muß wegen der raschen Entwicklung der Technik und der kurzen Lebensdauer des Materials ständig mit neuem Material und verbesserten Basen versehen werden. Die langen Küsten stellen hohe Anforderungen an die Fahrzeuge der Flotte und an die Küstenartillerie, welche in dem Maße noch zunehmen als die Aufrüstung der russischen Marine vorwärtschreitet. Die Zivilverteidigung braucht Geld für Schutzzräume und Material. Hinter all dem lauert der Gedanke an die Zukunft und ihre neuen Zerstörungsmittel — Roboter und Atomwaffen — und mahnt zur Zurückhaltung in der Anschaffung sogenannter konventioneller Waffen und zur Erhöhung der Kredite für die Forschungstätigkeit. Dem kleinen Schweden, das nicht in der Lage ist, selbstständig die nötigen Forschungen und Anschaffungen auf dem Gebiete der Roboter- und Atomwaffen vorzunehmen, fällt es sehr schwer, den rechten Weg zu wählen. Die herrschende Auffassung, die in ausländischen Erfahrungen eine Stütze findet, geht dahin, daß die konventionellen Waffen ihren Zweck in der Heeresorganisation noch erfüllen und dies wenigstens in den kommenden fünf Jahren auch noch tun werden. Die militärische Führung Schwedens verfolgt jedoch die Entwicklung mit lebhafter Aufmerksamkeit. Dies kommt u. a.

in einer Aufklärungsbroschüre zum Ausdruck, welche unter dem Titel *Waffe m/60* im Februar dieses Jahres, vom Wehrmachtsstab besorgt, veröffentlicht worden ist.

Der Glaube an eine internationale Entspannung und der Wunsch, Analysen der technischen Erfahrungen aus dem Kriege abzuwarten, geboten der schwedischen Regierung, nach Kriegsschluß die Materialanschaffungen — vor allem für die Armee — herabzusetzen. Selbst seitdem es offensichtlich geworden war, daß die Weltpolitik in einer chronischen Krise feststeckte, und schon das Zeichen zu einer neuen schwedischen Rüstung gegeben worden war, bewilligte man die Mittel und die hiezu notwendigen Ermächtigungen anfänglich nur für je ein Jahr. Da dies sowohl die militärische wie die industrielle Planung erschwerte und die Lieferungen wichtigen Materials verzögerte, erklärte sich der Reichstag mit den auf eine langfristige Planung der Materialbeschaffung hinzielenden Vorschlägen der Oberbefehlshaber der Wehrmachtsabteilungen einverstanden. Dies führte zu den nun laufenden Siebenjahresplänen für die Flugwaffe (1950) und die Flotte (1952) und dem Zehnjahresplan für die Armee. Dieser erst im Jahre 1953 vom Reichstag angenommene Plan sieht Kosten in der Höhe von 3,1 Milliarden Kronen vor und bezweckt, eine wesentliche Erhöhung des Bestandes an modernem Armeematerial, gemäß dem Grundsatz «Erhöhte Feuerkraft, größere Beweglichkeit». Die Panzerabwehr war für die schwedische wie für die schweizerische Armee ein ständiges und schwer zu lösendes Problem. Der moderne Panzerkrieg mit seinen langen Schußdistanzen bedingt eine bewegliche und feuerkräftige Panzerabwehr, die auf große Distanzen wirksam ist. Das Problem, ob sich ihre Aufgaben am besten mit schweren und widerstandsfähigen Panzern lösen lassen oder mit leichten, besser beweglichen Fahrzeugen, die sich leichter dem schwedischen Gelände anpassen, bildete den Gegenstand einer hitzigen, noch nicht abgeschlossenen Debatte. Die schnelle Beschaffung einer großen Anzahl von Centurion-Panzern brachte jedoch eine Lösung, welche die Kampfkraft der Armee beträchtlich erhöht hat. Im weiteren enthält der Materialanschaffungsplan der Armee eine bedeutende Verstärkung der Feld- sowie der Luftabwehrartillerie, und die Feuerkraft der Infanterie wird erhöht durch vermehrte Zuteilung schwerer Granatwerfer und Fertigstellung eines in Schweden fabrizierten Sturmgeschützes auf Raupenlafette, des sog. Infanteriekanonenwagens. Die Motorisierung wird fortgesetzt. Jedoch wird die den schwedischen Verhältnissen gut angepaßte, gemischte Organisation — Pferde, Fahrräder, Traktoren und Autos — beibehalten.

Der Materialplan hatte einen guten Start, da für das Rechnungsjahr 1953/54, außer einem Kredit von 315 Mio, die Ermächtigung für Bestellungen im Betrage von 800 Mio Kronen erteilt wurde. Demgegenüber bringt der jetzige Voranschlag für das Wehrbudget eine Versteifung. Die vom Oberbefehlshaber der Armee geforderten Kredite von 310 Mio Kronen und Bestellungsermächtigungen in der Höhe von 511 Mio wurden vom Wehrminister auf 200 bzw. 400 Mio herabgesetzt, hauptsächlich zugunsten der Luftwaffe, deren Materialersatz mit guten Gründen für dringlicher angesehen wurde.

Kriegsbereitschaft und Wiederholungskurse

Die Nähe der mutmaßlichen Kriegsschauplätze in Deutschland und Nordskandinavien und die Gefahr, unmittelbar in einen Krieg verwickelt zu werden, müssen selbstverständlich die Bereitschaftsmaßnahmen Schwedens in hohem Grade beeinflussen. Das Budget erlaubt kein stehendes Heer von größerem Ausmaß. Auch mit Rücksicht auf die zivile Produktion und den Bestand der Kader bildet jedoch die geltende erste Dienstleistung der Wehrpflichtigen von 304 Tagen ungefähr das Maximum des für das Land unter normalen Verhältnissen Tragbaren. Allerdings erfüllt dieses System die Forderung nach Kriegsbereitschaft nicht in genügendem Maße. Vor allem weil der ganze Jahrgang in der Armee, ca. 40—50 000

Mann, gleichzeitig einberufen wird und während eines großen Teiles seines Ausbildungsjahres für den Felddienst unzureichend ausgebildet ist. Es sind daher Maßnahmen getroffen worden, um eine schnelle Mobilisation der Armee der Wehrpflichtigen sicherzustellen. Eine andere Maßnahme für die Kriegsbereitschaft sind die sog. Übungen im Kriegsverband, die auf Initiative des gegenwärtigen Oberbefehlshabers der Armee, *General Ehrensvärd*, seit 1950 an die Stelle der Wiederholungskurse für die Wehrpflichtigen getreten sind. Gemäß Wehrpflichtgesetz hat jeder Wehrpflichtige drei Wiederholungskurse zu je dreißig Tagen zu absolvieren. Die Einberufungen erfolgten früher nach Jahrgängen. Die Neuordnung bringt es mit sich, daß die Kriegsverbände der Armee mit ihren kriegsmäßigen Beständen in sechs Gruppen eingeteilt werden. Es ist beabsichtigt, jede Gruppe alle sechs Jahre einzuberufen. Auf diese Weise schleust man in einem Zeitraum von sechs Jahren die kriegsmäßige Organisation der gesamten Armee durch und erhält ein gutes Bild ihrer Kriegstauglichkeit. Soweit wie immer möglich, sind die Einberufungen den mutmaßlichen «kritischen Perioden» angepaßt, in welchen auf diese Weise kriegsmäßig organisierte und mit der Zeit immer fester zusammengeschweißte Verbände kriegsbereit zur Verfügung stehen. Das System hat sich gut angelassen, auch wenn es die Arbeitslast des schon bisher hart angespannten aktiven Kaders nochmals erhöht hat.

Psychologische Kriegsführung

Die Politik der Bündnisfreiheit birgt ein gewisses Risiko, daß das Volk, d. h. im Prinzip die Wehrpflichtigen, eine laue und unklare Einstellung zu den Wehrproblemen des Landes einnehmen. Dies kann die Wachsamkeit und die Widerstandskraft im Kriege beeinträchtigen. Schon seit langem hat die Führung der schwedischen Wehrmacht eingesehen, daß eine sachliche und objektive Aufklärung über die schwedische Außen- und Wehrpolitik einen wichtigen Bestandteil der Wehrbereitschaft im Frieden wie im Kriege bilde. Die Erfahrungen aus dem zweiten Weltkrieg und dem andauernden Kalten Kriege haben die wachsende Bedeutung der psychologischen Kriegsführung nur noch unterstrichen. Im Prinzip hat die schwedische Regierung die Frage der Leitung und Durchführung der psychologischen Verteidigung gelöst. Aus natürlichen Gründen liegt die Schwierigkeit darin, gerade in Friedenszeiten eine gewisse und unerlässliche zentrale Lenkung der Aufklärungstätigkeit mit den geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen der Meinungs- und Pressefreiheit in Übereinstimmung zu bringen. Die Organisation ist jedoch jetzt fertig und wartet auf den Entscheid des Reichstags. Auch die von den großen Verbänden des Volkes immer angelegentlicher betriebene aktive Aufklärung über Wehrfragen spielt eine große Rolle im Streben, einen lebendigen und festen Freiheits- und Wehrgeist zu schaffen.

Die schwedische Armee — wie die übrigen Zweige der schwedischen Wehrmacht — stützt sich auf eine alte Soldatentradition und auf ein gut ausgebildetes, unpolitisches und loyales Kader. Die lange, seit 1814 ununterbrochene Friedensperiode hat die eingefleischte Überzeugung der Überlegenheit friedlicher Mittel bei Streitigkeiten zwischen den Völkern geschaffen. Sie hat jedoch den Kampfgeist und den Wehrwillen des schwedischen Volkes nicht gebrochen. Die kritischen Zeiten im zweiten Weltkrieg, in denen große Teile der schwedischen Wehrmacht ständig kriegsbereit an den Grenzen standen, haben gezeigt, daß die alte gute schwedische Opferbereitschaft und der Wille, «König und Land» zu verteidigen, nicht tot sind. Die damals geschaffene, verhältnismäßig starke Wehrmacht ist seither beibehalten und auf gewissen Gebieten wesentlich verstärkt worden.